

SAUBERKEIT IN DER STADT VERBESSERN

„Der Dreck muss weg!“. Mit dieser populistischen Losung hat die CDU vor 15 Jahren ihren Wahlkampf bestritten. Der einzige Dreck, der entfernt wurde, war aber der Bauschutt zahlreicher stadtprägender Gebäude, die von Investoren abgerissen wurden. Wer heute durch Krefeld geht, insbesondere durch die Innenstadt, erkennt, dass die Saubermänner auf ganzer Linie gescheitert sind. Bündnis 90/Die Grünen setzen darauf, die Bevölkerung zu sensibilisieren und gemeinsam eine saubere Stadt zu schaffen. Wer hier nur auf Ordnungsstrafen setzt, erreicht nur punktuell ein anderes Verhalten, jedoch nicht das notwendige Umdenken.

**Mit Ihrer Stimme setzen wir um:
Gemeinsam für eine saubere Stadt!**

FEUERWEHR BESSER AUSRÜSTEN

Die Hauptwache an der Florastraße wird den heutigen Anforderungen seit Jahren nicht mehr gerecht. Der schon längst überfällige Neubau einer Hauptfeuerwache wurde jahrelang verzögert und zum Trauerspiel. Das ist beschämend: Für die Beschäftigten aber vor allem für Krefelds Sicherheit. Statt der gewohnten „Notbeschaffungen“ bei der Feuerwehr fordern wir auch endlich eine Planung, mit der die Krefelder Feuerwehr schnellstmöglich besser ausgerüstet wird.

**Mit Ihrer Stimme setzen wir um:
Bessere Ausstattung der Feuerwehr!**

Das ausführliche Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen Krefeld zur Kommunalwahl 2009 finden Sie im Internet unter: www.gruene-krefeld.de und in weiteren Faltblättern zu folgenden Themen:

1. Natur und Umwelt
2. Arbeit und Wirtschaft
3. Soziales und Gesundheit
4. Kinder und Jugendliche
5. Integration und Migration
6. Kultur und Denkmalpflege
7. Frauenpolitik
8. Sport
9. Schule
10. Stadtplanung und Innenstadtlebung
11. Verkehr
12. Verwaltung, Liegenschaften und innere Sicherheit
13. Haushalt und Finanzen

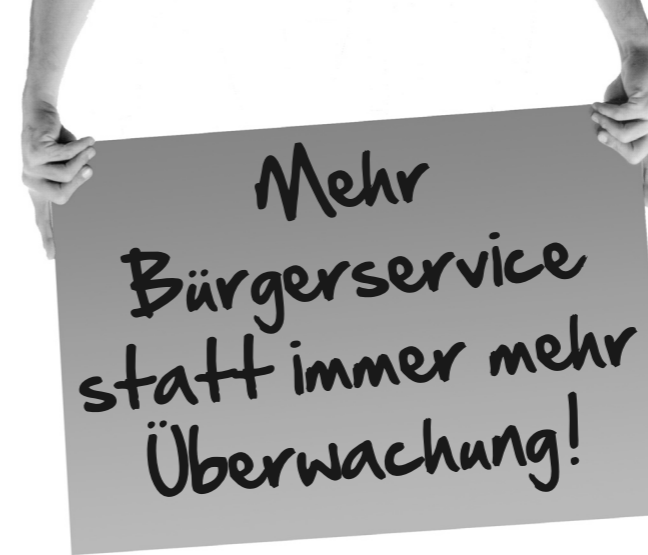
V.i.S.d.P. Heidi Matthias, Roßstr. 200, 47798 Krefeld

Weitere Informationen über Bündnis 90/Die Grünen Krefeld und die KandidatInnen finden Sie auch im Internet unter: <http://www.gruene-krefeld.de>.

Das Büro des Kreisverbandes in der Roßstraße 200 (Fon: 02151/77 73 44, Fax 02151/78 64 93) ist geöffnet: Montag 14.00 – 19.00 Uhr, Dienstag bis Donnerstag 9.00 – 14.00 Uhr. Per E-Mail sind wir unter kreisverband@gruene-krefeld.de zu erreichen.

ZEIT FÜR GRÜN.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



12. Verwaltung, Liegenschaften und innere Sicherheit

Wahlprogramm
Kommunalwahl 2009



Wir wollen die Verwaltung bürgerfreundlicher machen. Nicht Menschen sollen im Rathaus von Zimmer zu Zimmer laufen, sondern die Daten. Bürgerinnen und Bürger sollen möglichst viel an einem Schalter erledigen können. Die Arbeitszeiten der Verwaltung sollen stärker den Bedürfnissen der Kunden angepasst werden. Dieser „Bürgerservice-Gedanke“ muss noch viel stärker als bisher Eingang in das Verwaltungshandeln finden. Oft ist es leider noch immer so, dass sich Menschen als Bittsteller fühlen, wenn sie „aufs Amt“ gehen.

MEHR BÜRGERSERVICE

Die VerwaltungsmitarbeiterInnen sollten die BürgerInnen als leistungsbeachtete Kunden wahrnehmen.

Damit sich diese Haltung durchsetzt, müssen vor allem MitarbeiterInnen, die Kundenkontakt haben, ständig fortgebildet werden. Angesichts des stetigen Personalabbaus, steigender Aufgabendichte durch zunehmende soziale Probleme und Veränderungen durch die Einführung des Neuen Kommunalen Steuerungsmodells sind die Beschäftigten großen und neuen Herausforderungen ausgesetzt.

Wir wollen, dass in der Krefelder Verwaltung stärker als bisher das Instru-

ment der „Job-Rotation“ angewendet wird. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen die Gelegenheit bekommen, sich in viele Verwaltungsbereiche einzuarbeiten zu können. Das fördert ihre Aufstiegsmöglichkeiten und ermöglicht der Verwaltung einen flexibleren Personaleinsatz.

Wir setzen uns für die Einrichtung einer städtischen Anlaufstelle für Beschwerden ein. Wir wollen auch, dass in der kommenden Wahlperiode wieder ein Beschwerdeausschuss eingerichtet wird. Die CDU/FDP-Koalition hat den Beschwerdeausschuss abgeschafft und dessen Aufgaben in den Hauptausschuss verlagert. Dort finden die eingehenden Beschwerden nur wenig Beachtung.

**Mit Ihrer Stimme setzen wir um:
Mehr Bürgerservice und die Einführung eines Beschwerdeausschusses!**

BEZIRKSVERTRETUNGEN UND BEZIRKSVERWALTUNGSSTELLEN

Die GRÜNEN wollen keine Abschaffung von Stadtbezirken und keine Schließung von Bezirksverwaltungsstellen. Glücklicherweise ist die FDP mit ihrem radikalen Reduzierungskonzept im Stadtrat immer wieder gegen die Wand gelaufen. Weniger Stadtbe-

zirke führen zu einer Schwächung der unmittelbaren Repräsentation der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen die Rechte und Entscheidungskompetenzen der Bezirksvertretungen stärken. Die bezirksbezogenen Mittel müssen deutlich erhöht werden. Wir wollen auch mehr Entscheidungen in die Bezirksvertretungen verlagern. Denn dort sitzen die ExpertInnen, die oft viel besser als die Ratsmitglieder wissen, was vor Ort benötigt wird.

**Mit Ihrer Stimme setzen wir um:
Keine Reduzierung von Stadtbezirken
und Stärkung der Bezirksvertretungen!**

BÜRGERBÜROS EINFÜHREN

Die Schließung von Bezirksverwaltungsstellen führt zu einer Einbuße an Serviceleistungen. Statt dessen sollen diese Verwaltungsstellen zu Bürgerbüros ausgebaut werden. Wie in anderen Städten soll es auch für die Krefelder Bürgerinnen und Bürger möglich werden, in ihrem Stadtteil-Bürgerbüro alle Formulare und Bescheide zu erhalten sowie umfassend beraten zu werden. Das spart Zeit und vermeidet unnötige Verkehre in die Innenstadt. Neben dem Meldewesen sollen auch Straßenverkehrsabteilung, Ausländerbehörde und Wohnungsamt

ZEIT FÜR VERÄNDERUNG.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



im Bürgerbüro repräsentiert sein. Die Stadt soll sich außerdem bemühen, dass auch weitere Dienstleistungen wie beispielsweise für Steuererklärungen oder eine Postagentur in den Bürgerbüros anzutreffen sind.

Mit Ihrer Stimme setzen wir um: Einrichtung von Bürgerbüros!

KORRUPTION EINDÄMMEN

Die Skandale um den Bau der Müllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen haben die Notwendigkeit entschiedener Anti-Korruptions-Bekämpfung deutlich gemacht. Die von der Landesregierung eingesetzte „Task-Force“ stieß in Krefeld auf verschlossene Türen. Dies hat lokal und überregional den Eindruck erweckt, die Verwaltung und die städtischen Gesellschaften hätten etwas zu verbergen. Auch der Skandal um erlassene Abwassergebühren für die Landesentwicklungsgesellschaft LEG hat Krefeld geschadet. Bei Vergaben ist nie auszuschließen, dass es in einer Verwaltung zu korruptiven Handlungen kommt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Vergaben transparenter gestaltet werden.

Mit Ihrer Stimme setzen wir um: Transparente Vergaben und besserer Schutz vor Korruption!

GEGEN DIE PRIVATISIERUNG DER DASEINSVORSORGE

Alle Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, wie Energie, Wasser, Nahverkehr und Gesundheit müssen in kommunaler Hand bleiben. Unter Privatisierungen in diesen Bereichen leiden die Bürgerinnen und Bürger durch weniger Service und erhöhte Kosten. Krefeld hat in den vergangenen Jahren zwei Sündenfälle begangen: Die Privatisierung des städtischen Klinikums wird nicht nur mittelfristig zu Personaleinsparungen führen, sondern es besteht wie bei anderen privatisierten Kliniken auch die Gefahr, dass wichtige Bereiche abgebaut werden und die Krefelderinnen und Krefelder eine schlechtere Versorgung bekommen.

Auch die Privatisierung der Stadtentwässerung haben wir abgelehnt, weil wir dadurch Verschlechterungen für die Beschäftigten und steigende Kosten für die Bürgerinnen und Bürger befürchteten. Die Teilsanierung des städtischen Haushalts mit Gebühren aus der Stadtentwässerung hat uns Recht gegeben.

Mit Ihrer Stimme setzen wir um: Keine Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge!

UMGANG MIT STÄDTISCHEM GRUNDBESITZ

Nach wie vor besitzt die Stadt zahlreiche Gebäude und Grundstücke. Wir wollen, dass mit diesem Vermögen der Krefelderinnen und Krefelder sorgfältiger und wirtschaftlicher umgegangen wird. Nach wie vor werden die Grundstücksgeschäfte der Stadt sehr intransparent und manchmal auch zum Schaden der Stadt durchgeführt. Die GRÜNEN sind gegen einen Ausverkauf städtischen Eigentums. Unser Tafelsilber darf nicht verschleudert werden.

Wir wollen, dass endlich ein effektives Grundstücks- und Immobilienmanagement eingeführt wird.

Wie dringend erforderlich das war, hat sich unter anderem beim Skandal um die nicht geleisteten Miet- und Nebenkostenzahlungen bei vielen städtischen Gebäuden gezeigt. Durch Schlamperei hat die Verwaltung mindestens auf eine dreiviertel Million Euro Einnahmen verzichtet. Dabei ist klar geworden, dass die Stadt noch nicht einmal weiß, wie viele Gebäude ihr überhaupt gehören.

Wir fordern endlich ein Gebäudekataster, in dem alle städtischen Liegenschaften, deren Energieverbrauch und Sanierungsbedarf stehen.

Privatsphäre. Durch neue Pässe, Überwachungen von Computern, Telefonen und öffentlichen Räumen wissen die Behörden immer mehr von den Menschen. Umgekehrt wissen aber immer weniger Menschen, was in den Verwaltungen entschieden wird. Verwaltung muss für die Bürgerinnen und Bürger transparenter und das unverständliche „Verwaltungsdeutsch“ durch eine für alle verständliche Sprache ersetzt werden.

Städtische Gutachten, wie beispielsweise das für die Flächennutzungsplanung notwendige Klimagutachten, schlummern oft lange Zeit unveröffentlicht in Verwaltungsschubladen. Wir wollen, dass städtische Unterlagen unverzüglich veröffentlicht werden. Die Verwaltung muss ihr Herrschaftswissen weitergeben. Die Bürgerinnen und Bürger müssen über ihre verbesserten Informationsmöglichkeiten durch das neue Informationsfreiheitsgesetz besser unterrichtet werden.

Mit Ihrer Stimme setzen wir um: Mehr Informationen für Bürgerinnen und Bürger!

ORDNUNG UND SICHERHEIT

Auch in Krefeld wird wie in anderen Städten intensiv über Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum debattiert. Auf der einen Seite gibt es die Ängste der Bürgerinnen und Bürger vor zunehmender Kriminalität und Verschmutzungen des Stadtbilds. Diese müssen ernst genommen werden. Auf der anderen Seite, und das wird leider allzu oft ausgeblendet, sind alle Verbote und Kontrollen immer auch Eingriffe in die Freiheitsrechte der Menschen. Freiheit stirbt bekanntlich immer scheinbarweise. Forderungen nach Videoüberwachungen öffentlicher Plätze oder Vertreibungen von Junkies sind nicht nur aus bürgerrechtlicher Sicht problematisch, son-

dern auch oft hilf- und nutzlos. Bei unserer Skepsis gegen die von den anderen Parteien geforderten Videoüberwachungen haben wir einen starken Partner: die Polizei. Sie warnt zu Recht davor, sich von einer Videoüberwachung nachhaltige Erfolge im Kampf gegen Kriminalität zu erhoffen. Erfahrungen in Großbritannien, wo viele Städte fast komplett überwacht werden, aber auch in Städten in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass Kriminalität höchstens verlagert, keinesfalls aber wirksam eingeschränkt wird.

In bestimmten Angsträumen, wie beispielsweise Unterführungen, können Kameras Verunsicherungen abbauen. Viel besser wäre es allerdings, die Angsträume baulich zu verändern. Bündnis 90/Die Grünen lehnen jedenfalls eine flächendeckende Videoüberwachung in Krefeld ab. Viel wichtiger, das sagt auch die Polizei und das richtet sich ans Land, sind mehr Polizistinnen und Polizisten auf unseren Straßen. Der Weg in die lückenlose Überwachung der Privatsphäre durch Kameras, Online- und Telefonüberwachungen macht unsere Gesellschaft nicht sicherer, aber unfreier.

Auch für den Umgang mit den Drogenabhängigen gilt: Harte Repressionen mögen vielleicht kurzfristig eine vermeintliche Sicherheit vorgaukeln, mittel- und langfristig nehmen die Gefahren aber eher zu, wenn einseitig auf Vertreibungen gesetzt wird. Es müssen endlich wirksame Präventionsmaßnahmen gegen Suchtgefahren eingeleitet werden. Zur Bekämpfung der Kriminalität von Schwerstabhängigen sind Streetworker allemal effektiver als „schwarze Sheriffs“ und City-Streifen.

Mit Ihrer Stimme setzen wir um: Keine flächendeckende Videoüberwachung und wirksame Drogenprävention!

Außerdem wollen wir:

- **Mehr Transparenz in der Liegenschaftsverwaltung und die öffentliche Ausschreibung aller Grundstücke und Gebäude.**
- **Angemessene Preise: Städtische Liegenschaften dürfen nicht unter Wert verkauft werden. Ein negatives Beispiel war die Verschleuderung der Werkkunstschule.**
- **Verkaufsstopp für Erbpachtrechte: Dadurch können viele Bürgerinnen und Bürger preiswert bauen und privater Spekulation wird vorgebeugt.**
- **Kooperationen: Die Zusammenarbeit mit der Bau GmbH und der Wohnstätte muss ausgebaut werden. In vielen Fällen könnte eine Sanierung städtischer Gebäude oder eine Bebauung von Grundstücken durch sie kostengünstig und sozial durchgeführt werden.**
- **Bessere Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben: Die Bundesanstalt besitzt zahlreiche Liegenschaften in Krefeld, zum Beispiel die ehemaligen Kasernen im Forstwald und in der Kempener Allee. Wir müssen die bereits versiegelten Flächen stärker und schneller nutzen.**

Nach wie vor gibt es kein funktionierendes Energiemanagement. Die Stadt hat enorme Energiekosten ohne die bekannten Einsparmöglichkeiten wahrzunehmen.

Mit Ihrer Stimme setzen wir um: Kein Ausverkauf städtischen Eigentums und sparsamere Gebäudeunterhaltung!

GLÄSERNE VERWALTUNG STATT GLÄSERNE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

In den vergangenen Jahren gab es immer größere Einschränkungen der



„Wir wollen die Verwaltung bürgerfreundlicher machen. Nicht Menschen sollen im Rathaus von Zimmer zu Zimmer laufen, sondern die Daten.“

Der „Bürgerservice-Gedanke“ muss noch viel stärker als bisher Eingang in das Verwaltungshandeln finden.“

Stefani Mälzer, Kandidatin für den Rat